



Dr. Georg Erber ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Angriffe auf die Internet-Freiheit: Zeit für eine Gegenbewegung

Bei der diesjährigen Jahrestagung der Internationalen Telekommunikations-Union (ITU) wurde heftig gestritten: Denn einige Staaten und multinationale Konzerne versuchen derzeit nichts weniger, als mehr Kontrolle über das Internet zu erlangen und das weltweite Netz mit seinen 2,4 Milliarden Nutzern für ihre Zwecke zu vereinnahmen.

Zunächst zu den Staaten: Insbesondere autoritär regierte Länder wie China oder Russland üben zunehmenden Druck aus, die Hoheit über die Regeln der Internetnutzung, beispielsweise die Vergabe von Namen und Adressen, vom bisherigen privaten Träger (ICANN) auf die ITU als eine Organisation der Vereinten Nationen zu übertragen. Dies würde den Staaten wesentlich größeren Einfluss auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen für das Internet ermöglichen, was den Nutzerinteressen nach einem freien und ungehinderten Zugang zum globalen Internet widersprechen dürfte. Das Ziel ist klar: mehr Rechte zur Kontrolle unerwünschter Informationen und Meinungen. Was beispielsweise China schon heute praktiziert, soll legitimiert und legalisiert werden. Der US-Kongress und das Europäische Parlament haben jedoch etwas dagegen und mehrere Resolutionen verabschiedet, in denen sie einen besseren Schutz des Internets vor Regierungseinflüssen fordern. Und tatsächlich scheint das Ansinnen einiger Staaten fürs Erste gescheitert: In einer Erklärung haben sich die Delegierten der zweiten Plenarsitzung der Weltkonferenz Anfang Dezember mit einer überwältigenden Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Artikels 19 der UN-Menschenrechtsdeklaration ausgesprochen. Neben der generellen Meinungsfreiheit betont dieser vor allem die Freiheit, Informationen über Medien aller Art zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. Die Internetzensur von Staaten wie China bleibt also auch weiterhin ein Rechtsbruch.

Neben den politischen Interessen von Staaten spielen aber auch die wirtschaftlichen Interessen großer multinationaler Internetkonzerne eine wichtige Rolle. Ein wesentliches Motiv ist hier, Eigentumsrechte auszuweiten und weitgehend ungehinderten Zugriff auf Nutzerdaten oder andere Inhalteanbieter zu erhalten. Die Auseinandersetzungen etwa um das gegen Produktfälschungen und Urheberrechtsverletzungen angelegte Handelsabkommen ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) zu Beginn dieses Jahres liefern hierfür ein anschauliches Exempel. Die Interessen der Internetnutzer drohen auch hier in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Staaten und große Internetkonzerne lassen sich ihre Versuche der verstärkten Einflussnahme einiges kosten. So haben insbesondere China und Russland ihre Beiträge zur ITU deutlich erhöht, während die Europäische Union und die USA nicht zuletzt wegen der Staatsschuldenkrise nun weniger zahlen. Wer zahlt, schafft an, lautet wohl das Kalkül einiger Staaten. Die Zeit scheint reif für eine breite Gegenbewegung. Doch wie sollte diese aussehen? Schließlich sind Aktionen auf globaler Ebene nicht zuletzt eine Frage des Geldes. Ein Lösungsansatz könnte der sogenannte „Internet-Cent“ sein: Jeder Internetnutzer würde im Rahmen seiner monatlichen Rechnung für den Online-Anschluss einen Cent zusätzlich bezahlen, der von den Anschlussanbietern an die Vertreter von Nutzerinteressen abgeführt würde. Das Aufkommenspotential ist beträchtlich: Die Organisation ICANN beispielsweise plant für das kommende Jahr mit einem Budget von rund 233 Millionen US-Dollar. Bei rund 2,4 Milliarden Internetnutzern ließe sich dieses Budget mit dem Internet-Cent bestreiten. Damit wäre zumindest die finanzielle Unabhängigkeit von Nichtregierungsorganisationen zur Wahrung der Nutzerrechte – wie Sicherung der Privatsphäre, freien und ungehinderten Zugang zum Internet und Informationsfreiheit – gesichert.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Dietmar Edler

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.